



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/146 - 27.6.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Gewerkschaften und Schuman-Plan	S. 1
Die Verteidigung des Nahen Ostens	S. 3
Unfaire Polemik gegen die SPD	S. 4
Die Kollektivverträge in der SBZ	S. 5
Wenn die Presse schwiege ... (Glosse)	S. 7

Der Schuman-Plan in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler M.d.B.

V. Das angebliche Ja

Die weit verbreitete Behauptung, die Gewerkschaften hätten sich für die Ratifizierung des Schuman-Planes ausgesprochen, trifft nicht zu. Dort, wo einzelne Gewerkschaften Ja gesagt haben, verbanden sie diese Zustimmung mit schwerwiegenden Bedingungen. Das tat auch Christian Fette in seiner ersten Äußerung nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes.

Was hat der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst gesagt? Er hat gefordert, daß "vor Ratifizierung alle nach bestehenden Bestimmungen der Besatzungsmächte, die eine Gleichberechtigung in der Wirtschaft bisher verhinderten, ohne Einschränkung aufgehoben werden müssen". Dazu gehöre eine Regelung des Kohlenabsatzes nach den deutschen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die Gewerkschaften forderten, daß auf dem Gebiet der Stahlerzeugung jede Beschränkung zu fallen habe und die Gewähr für eine gesunde Fortentwicklung unter Berücksichtigung des deutschen Nachholbedarfes gegeben werden müsse. Die entscheidenden Worte in dieser Liste sind die zwei "vor Ratifizierung".

Der Schuman-Plan in seiner jetzigen Gestalt entspricht diesen Forderungen nicht. Seine Verteidiger haben zur Frage der

Aufhebung der Stahlquote, der Beseitigung vieler Beschränkungen der deutschen Wirtschaft, des Ausbaues der deutschen Stahlindustrie zum Ausgleich der Demontageverluste, des Aufbaues einer Ersatzorganisation für den verbotenen zentralen Kohlenverkauf nur vage Versprechungen anzubieten. Der Vertrag selbst enthält zu keinem dieser Punkte eine einwandfreie Sicherung unserer berechtigten Ansprüche.

Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß die Gewerkschaften in allen ihren öffentlichen Verlautbarungen die Grundidee einer Zusammenlegung der europäischen Kohlen- und Stahlindustrie bejaht haben. Das tat auch die sozialdemokratische Partei. Diese Grundidee hält sie für richtig. Nur ist sie, genau wie die Gewerkschaften, nicht davon überzeugt, daß der jetzige Vertragsinhalt diese Grundidee verwirklichen kann.

Sehr deutlich sichtbar wurde die Position der Gewerkschaften in der Sondersitzung des Bundesrates am 20. d. M. Der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften, Dr. Agartz, kritisierte die Einzelheiten des Schuman-Planes aus gewerkschaftlicher Sicht in der gleichen Weise, wie es in meinen vorangegangenen Artikeln geschehen ist. Dr. Wagenführ steht dem Vertragswerk zwar etwas freundlicher gegenüber, macht aber eine ganze Reihe von sehr ernststen Vorbehalten, ohne deren Klärung eine endgültige Beurteilung dieses Planes außerordentlich schwer gemacht sei. Er nennt in diesem Zusammenhang die Stahlkapazität, die Verbundwirtschaft, den deutschen Kohlenverkauf und meint, daß eine deutsche Mitarbeit im Schuman-Plan an die Bedingungen zu binden wäre, daß sowohl die Ruhrbehörde, als auch die Begrenzung der Stahlkapazität und eine Reihe anderer wirtschaftlicher Diskriminierungen beseitigt sein müssen. Er ist also nicht mit Versprechungen zufrieden: er will Tatsachen.

Die Gewerkschaften haben den Plan nicht zu ratifizieren, sondern der Bundestag. Sie haben es in ihren öffentlichen Erklärungen infolgedessen leichter. Wenn der Bundestag in seiner konkreten Entscheidung den gewerkschaftlichen Bedenken folgen will - und er wäre gut beraten, es zu tun -, dann muß er das jetzt vorliegende Vertragswerk ablehnen und es der Regierung mit dem Bemerkens zurückgeben, daß diese Ablehnung zu neuen Verhandlungen mit dem Ziele führen müsse, der guten Grundidee eine Form zu geben, die Europa und auch dem gleichberechtigten Deutschland darin nützt.

Die Verteidigung des Nahen Ostens

f. Strenge Geheimhaltung ist von jeher das Kennzeichen der britischen Weltreichskonferenzen gewesen. Handelt es sich, wie bei der jetzigen Londoner Commonwealth-Konferenz, um Verteidigungsfragen, dann wird man sich vollends mit einem nichtssagenden Kommuniqué begnügen müssen, ohne je zu erfahren, was im einzelnen besprochen worden ist. Dennoch läßt sich einigermaßen genau sagen, um was es sich bei dieser Konferenz handelt. Das geht schon aus der Zusammensetzung der Teilnehmerstaaten hervor. Bemerkenswerterweise fehlen dabei so wichtige Gliedstaaten des Commonwealth wie Indien, Pakistan und Ceylon. Dagegen ist Südrhodesien, das noch gar nicht voll berechtigtes Mitglied des britischen Staatenverbandes ist, wie schon auf den letzten allgemeinen Konferenzen, so auch auf der jetzigen, durch eine Abordnung vertreten. Kanada hat nur einen Beobachter entsandt.

Alle diese Tatsachen lassen nur den Schluß zu, daß es sich bei der Konferenz der Verteidigungsminister und der Generalstabschefs von Großbritannien, Australien, Neuseeland und der Südafrikanischen Union und der Beobachter von Kanada und Südrhodesien nicht ausschließlich, aber doch im wesentlichen um die Verteidigung des Nahen und Mittleren Ostens handelt. Am Rande mag das größere Problem der allgemeinen Verteidigung in einem Weltkrieg behandelt werden.

Der Nahe Osten ist seit langem eines der schwierigsten Verteidigungsprobleme des ganzen Commonwealth. Seit dem Ausbruch des persischen Konfliktes ist er es erst recht. Bis vor wenigen Jahren wäre es völlig undenkbar gewesen, daß bei einer Behandlung nächstlicher Verteidigungsfragen der indische Beitrag nicht ausschlaggebend ins Gewicht gefallen wäre. Ohne die Hilfe indischer Streitkräfte wäre im ersten Weltkrieg die Zerschlagung des ottomanischen Reiches trotz des arabischen Aufstandes kaum möglich gewesen. Im letzten Kriege hätte man ohne sie das damals Gewonnene nicht zu halten vermocht. Heute kann England nur auf australische, neuseeländische, südafrikanische und vielleicht kanadische Hilfe aus seinem Commonwealth hoffen, wenn es im Nahen Osten einmal militärisch vorgehen muß. Allein der Ausbruch eines dritten Weltkrieges könnte unter

gewissen Voraussetzungen Indien, Pakistan und Ceylon bewegen, einen Beistand zu leisten, wenn er auch nicht mehr im entferntesten so groß wäre und sein könnte wie früher.

+ + +

Schäbige Methoden

(sp) Der Vergang liegt schon etwas zurück, aber man muß, wenn auch widerwillig, darauf noch einmal zurückkommen.

Auf dem kürzlichen Landesparteitag der CDU hat ihr Generalsekretär, der Bundestagsabgeordnete Franz Strauß, der nach Presseberichten den stärksten Beifall von allen Rednern erhielt, auch gesagt: "Brüning mußte gehen, damit Hitler kommen konnte. Was in unseren Kräften steht, werden wir tun, zu verhindern, daß Adensuer geht, damit Schumacher kommt". Er hat damit nur ein Wahlplakat in seine Rede übernommen, das im niedersächsischen Wahlkampf von der Niederdeutschen Union - offenbar mit negativem Erfolg, wie sich später ergab - eine Rolle gespielt hat.

War diese Form des Wahlkampfes schon ungewöhnlich schäbig, so ist die Verwertung des gleichen Mittels, den Führer der heutigen echten demokratischen Opposition mit Hitler in Parallele zu setzen, durch einen Bundestagsabgeordneten, noch dazu der vorderen Bänke, eine Entgleisung, die nicht zu entschuldigen ist. Sie wiegt umso schwerer, als sie aus einem Kreis von Politikern kommt, die nach außen hin immer wieder besonderen Wert auf die Sauberkeit des politischen Kampfes legen und das Wort von der Verrohung der politischen Sitten - natürlich nicht in ihren Reihen - ständig im Munde führen.

Leider handelt es sich dabei auch nicht um einen Ausnahmefall. Der Abgeordnete Dr. Würmeling hatte kurze Zeit vorher im Bundestag die sozialdemokratische Opposition mit der Hugenbergs in der Weimarer Zeit verglichen, also des Mannes, der über die Habsburger Front zum Wegbereiter des Naziregimes wurde. Darin liegt eine kaum geringere an Niedertracht gränzende Diffamierung. Sie besteht in der absichtlichen Ignorierung des Unterschiedes zwischen einer aus demokratischer Verantwortung gewachsenen Opposition und einer

Wenn die Presse schwiege ...

(sp) Wenn die Weltpresse für ein paar Monate schwiege, wäre der Sache des Friedens ein Dienst erwiesen. Diese These des indischen Ministerpräsidenten Nehru ist, aus ihrem besonderen Zusammenhang gerissen, gewiß anfechtbar. Sie ist daher auch weidlich genutzt worden von jenen, die dem Premier gram sind wegen seiner Rolle in der koreanischen und der chinesischen Frage. Seitdem er vor einem Kurs gewarnt hat, der zur Verschärfung und Ausweitung des koreanischen Krieges führen müßte, hatte er in Amerika, was man eine "schlechte Presse" nennt.

Sie ist nicht besser geworden, seitdem die Hauptgefahr, der Kriegskurs MacArthurs, durch die Entlassung des Generals beseitigt ist. Die Bemerkung Nehrus über die Weltpresse hat viel böses Blut gemacht - in der Weltpresse. Soweit wir sehen, hat sich niemand die Mühe gemacht, auch nur zu verstehen, was der indische Premier gemeint hat. Es hat sich auch niemand jenes Schildes erinnert, das ein Korrespondent einer weltberühmten amerikanischen Zeitung über seinen Schreibtisch hängte und dessen Text lautete: "Wenn zwischen dem, was hier geschrieben wird, und dem, was nachher in unserem Blatt erscheint, irgendein Zusammenhang bestehen sollte, so kann das nur auf Zufall beruhen".

Hinweise auf Hitler und Stalin gaben den Ton der amerikanischen Kommentare zur These Nehrus. Von einer unerwarteten Seite aber ist sie in ihrem eigentlichen Sinn gestützt worden. George F. Kennan, der Chef des Politischen Planungsstabes im Washingtoner Außenministerium und die bedeutendste amerikanische Autorität in sowjetischen Fragen, hat an einem Beispiel illustriert, auf welcher simple Weise die Presse die Unruhe in der Welt vermehren könne. Wenn sein Freund Joseph Alsop, der amerikanische Leitartikler, etwa schreibe, Moskau plane eine Aktion gegen Jugoslawien, dann schließe der Kreml daraus auf finstere amerikanische Pläne, die Alsop zu tarnen beauftragt sei. Stalin schicke dann vielleicht zwei Divisionen an die jugoslawische Grenze, was wiederum als eine Bestätigung der Behauptung Alsops wirke. Wenn daher Alsop geschwiegen hätte,...

In solchem Licht wird deutlich, was Nehru gemeint hat. Er meinte das Treiben gewisser sensationeller Blätter oder besonders findiger Reporter und Kommentatoren, die mit der Angst oder ohne Rücksicht auf sie, ihre publizistischen Geschäfte machen. Nehru ist aufgrund seiner Wesensart und seiner westlichen Erziehung über den Verdacht erhaben, ein Gegner freier, aber verantwortungsbewußter Meinungsäußerung zu sein. Wer seine Worte verstehen will, wie sie gemeint waren, wird nicht bestreiten, daß der Sache des Friedens gedient wäre, wenn für ein paar Monate gewisse Blätter darauf verzichteten, Öl ins Feuer zu gießen.